

# DER SPRINGENDE Nürnberg SPD PUNKT

» AUS DEM UNTERBEZIRK  
Digitaler Parteiausschuss  
mit Katja Mast

» ANTIRASSISMUS  
Black-Lives-Matter  
Demonstration an  
der Wöhrder Wiese



Liebe Leserinnen  
und Leser,

der Wirtschaftsstandort Nürnberg ist unter Druck. Karstadt beabsichtigt seine beiden Standorte in Nürnberg zu schließen und damit auch sein Traditionshaus im Herzen der Altstadt. Hunderte von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel.

Einer ungewissen Zukunft blickt auch der Automobilzulieferer ZF in der Südstadt entgegen. Die Konzernleitung will weltweit 15.000 Arbeitsplätze streichen, die Hälfte davon in Deutschland. Die IG Metall befürchtet, dass es vor allem auch Nürnberg trifft.

Beides sind Beispiele für Unternehmen, die in einem anhaltenden Transformationsprozess stecken: dem Wandel des Einzelhandels verbunden mit der Umsatzverlagerung ins Netz und bei ZF der Umstieg auf die Elektromobilität. Beide Entwicklungen sind durch die Corona-Pandemie noch einmal beschleunigt worden.

Umso wichtiger ist es nun, dass Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und Politik nun Hand in Hand arbeiten. Wir brauchen für die Region dringend ein Strukturprogramm, das diesen Wandel aktiv begleitet, Qualifizierung fördert und damit Beschäftigung sichert. Dafür werden wir uns als SPD stark machen.

Euer

Thorsten Brehm



## UNSER VORSCHLAG FÜR DIE KÜNFTIGE PARTEIARBEIT: JEDE SITZUNG AUCH DIGITAL!

FÜR MEHR VEREINBARKEIT VON FAMILIE,  
BERUF, FREIZEIT UND EHRENAMT

Von NASSER AHMED, KERSTIN GARDILL  
und YASEMIN YILMAZ

Durch die Shutdown-Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie kam auch die klassische Parteiarbeit in der Nürnberger SPD zum Erliegen. Der Straßenwahlkampf zur OB-Stichwahl musste abgesagt werden, Gremiensitzungen fanden vorerst nicht mehr statt, die Aufarbeitung der Wahlniederlage bei der Kommunalwahl konnte nicht in einem üblichen Parteiausschuss begangen werden.

Dabei galt es gerade nach den Wahlen weichenstellende Entscheidungen zu fällen:

Wie sollte es im Rathaus mit der SPD-Fraktion weitergehen? Die Partei entschied sich dafür zugleich Verantwortung zu übernehmen in einem Bündnis mit der CSU, als auch, in einer losen Kooperation, die ausreichend Beifreiheit bietet, die Möglichkeit für rot-grüne „Oppositionsprojekte“ offenzuhalten. Doch das Interessante an diesem Ergebnis war in erster Linie der Weg, wie die Partei unter Einbindung vieler Genoss\*innen zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Ab Anfang April bis zur Unterzeichnung des fertigen Kooperationsvertrages am 7. Mai fanden insgesamt mehr als ein »

Dutzend Sitzungen des Unterbezirksvorstands, des Parteyausschusses und der Stadtteilverordnungen statt. All diese Veranstaltungen fanden per Videotelefonie statt. Zudem haben auch viele Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften im Zuge dieses Prozesses die Zwischenergebnisse auf diese Weise intern besprochen und sich auf die eben genannten digitalen Gremiensitzungen vorbereitet. So ging das auch trotz des Shutdowns! Manche mögen zwar mit den Diskussions-Ergebnissen nicht zufrieden sein, doch wir Autoren empfanden allein die Tatsache, dass so viele Genoss\*innen digital an wichtigen Entscheidungsfindungen beteiligt wurden, als eine Sternstunde der transparenten Kommunikation unter erschwerten Bedingungen!

Dass sich nicht nur der Unterbezirksvorstand, sondern die breite Runde der OV-Vorsitzenden und der Parteyausschuss mit dem Wortlaut des Kooperationsvertrags beschäftigt haben, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Kooperationsvertrag eine sozialdemokratische Handschrift trägt.

#### Zurück zu gewohnten Formaten?

Nachdem nun der Kooperationsvertrag im Rathaus steht und die SPD sich in der Fraktion neu aufgestellt hat, geht es im nächsten Schritt um die Aufarbeitung der Wahlniederlage. Hier haben viele in der Partei eine Aufarbeitungs-Kommission analog zu 1996 gefordert. Gleichzeitig soll es bei der Suche nach einer neuen Parteispitze für die Nürnberger SPD auch einen offenen und transparenten Prozess mit gegebenenfalls mehreren Bewerberinnen und Bewerbern geben. Außerdem wird es in den kommenden Monaten auch um die inhaltlichen und organisatorische Vorbereitung der Bundestagswahlen 2021 gehen.

Viele von uns sehnen sich jetzt verständlicherweise nach der langen Zeit ohne Treffen nach einem Parteileben mit Treffen von Angesicht zu Angesicht – wenn auch unter Auflagen. Auch wir drei Autoren wünschen uns, dass wir uns alle bald wieder sehen. Denn live und in Farbe kommt doch noch mehr Konstruktives zum Vorschein als über den Computer-Bildschirm.

Aber uns ist während dieser vielen digitalen Sitzungen ein Vorteil des Ganzen klar geworden: Wir konnten die vielen Partei- und Gremiensitzungen besser mit unserer Familie bzw. mit unserem Berufsalltag oder weiteren Lebenslagen vereinbaren! Während der Sitzung mal kurz nach den Kindern sehen oder der Diskussion im Parteyausschuss auch in der Bahn auf dem Rückweg von der Arbeit lauschen? Das ging vor Corona nicht. Jetzt

war es plötzlich möglich! Hier sehen wir ein großes Potenzial für die künftige Parteilarbeit. Wir schließen bislang viele Genoss\*innen mit unserer Präsenz-Kultur abends unter der Woche aus. Lasst uns doch aus Corona etwas Positives mitnehmen und diese Situation verändern!

#### Unser Vorschlag: Jede Sitzung auch digital! Her mit der inklusiven Präsenz-Kultur!

Wir alle konnten während digitaler Sitzungen Erfahrungen mit unterschiedlichen Plattformen sammeln und überwiegend, insbesondere nach etwas Erfahrung damit, hat das auch gut funktioniert.

Wir sind der Ansicht, dass wir alle die erlernten, digitalen Instrumente nun nicht einfach wieder verwerfen, sondern für uns nutzen sollten. Das soll nicht heißen, dass künftig jede Sitzung nur im Internet stattfindet, sondern Folgendes: Jede Sitzung kann aus dem Karl-Bröger-Zentrum ins Internet übertragen werden und Genoss\*innen, die aus familiären, beruflichen oder anderen Gründen nicht live dabei sein können, können sich unkompliziert dazuschalten und sich auch aus der Entfernung zu Wort melden.

Die Möglichkeit bedeutet natürlich auch, dass wir verstärkt die dazu notwendige Infrastruktur schaffen müssen, um noch solider als es momentan der Fall ist, miteinander kommunizieren zu können. **Ziel ist der Kommunikationsmix aus digitalen und analogen Instrumenten, um ein Miteinander jenseits der Anwesenheitsgrenze zu ermöglichen. Kurzum: Wir wollen eine inklusive Präsenzkultur schaffen!**

Unsere bisherigen analogen Formate haben oft leider systematisch Mitglieder, wie Eltern (insbesondere Alleinerziehende), Berufstätige jenseits klassischer Büroarbeitszeiten, sowie viele Seniorinnen und Senioren ausgeschlossen, weil wir mit unseren Abendveranstaltungen auf ein Primat der klassischen Präsenz setzten. Über das Format der **Hybridsitzung** (klassische Präsenz mit zeitgleicher und verzahnter virtueller Teilnahme) könnten wir nicht nur die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt deutlich verbessern. Auch jüngere Menschen könnten wir ein Angebot unterbreiten, das näher an ihrem Kommunikationsalltag liegt und auch ihren Gewohnheiten der demokratischen Meinungsbildung entspricht.

Wir wünschen uns ein noch lebendigeres Parteileben mit mehr Beteiligung an wichtigen parteiinternen Diskussionen, die die künftige Haltung und Meinung der Partei bestimmen!



Nasser Ahmed



Yasemin Yilmaz



Kerstin Gardill

# “WIR KÄMPFEN UM JEDEN ARBEITSPLATZ!”

KATJA MAST BERICHTET IM DIGITALEN PARTEIAUSSCHUSS VOM KONJUNKTURPAKET DER BUNDESREGIERUNG

von ANDREAS MITTELMEIER

Einmal mehr konnte sich der Parteyausschuss nicht im Willy-Pröll-Saal des Karl-Bröger-Hauses treffen, sondern musste in Form eines Online-Meetings zusammenkommen. Die Genoss\*innen stellten jedoch unter Beweis, dass auch in diesem Format engagiertes Diskutieren und konstruktives Arbeiten möglich sind.

Auf Einladung von Gabriela Heinrich hatte sich Katja Mast, die Leiterin einer Task-Force der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Thema, bereit erklärt, mit den Genoss\*innen über die sozialen Folgen der Corona-Krise zu sprechen.

Gleich zu Beginn machte sie deutlich, dass die SPD auch in der Krise an ihren Kernanliegen festhält:

„Die Grundrente kommt! Ich bin optimistisch, dass sie in den nächsten Wochen endgültig beschlossen wird“, sicherte Mast zu, „die in den letzten Monaten oft als Helden des Alltags bezeichneten Menschen – die Verkäufer\*innen, die Pflegehelfer\*innen, die Lieferdienstfahrer\*innen - die unser Land in Corona am Laufen halten erwarten von uns, dass wir das Thema Rente in diesen Tagen nicht aus dem Blick verlieren.“

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Themen für Arbeit und Soziales, Frauen, Senioren, Familie und Jugend war per Video aus ihrem Wahlkreis Pforzheim zugeschaltet, wo sie in diesen Tagen mit drängenden Fragen vor Ort beschäftigte: dem Corona-Ausbruch in einem großen Schlachthof und den Zukunftssorgen der in der Region beheimateten Autozulieferer.

„Corona bestimmt unseren Alltag und die Politik. Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas auf die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft“, stellte Mast fest und ist gleich mitten im Thema.

In der Schlachtbranche sei jetzt der notwendige gesellschaftliche Druck vorhanden, um etwas zu verändern. „Wir brauchen aber mehr als eine reine Preisdebatte. Die Grünen machen den Preis für Arbeitsbedingungen verantwortlich, aber wenn wir die Verhältnisse in der Bekleidungsbranche betrachten, dann wird klar, dass es hier keinen Automatismus gibt. Wir müssen den Arbeitsschutz verbessern und Leiharbeit und Werkverträge in den Kerntätigkeiten der Schlachtbranche verbieten!“

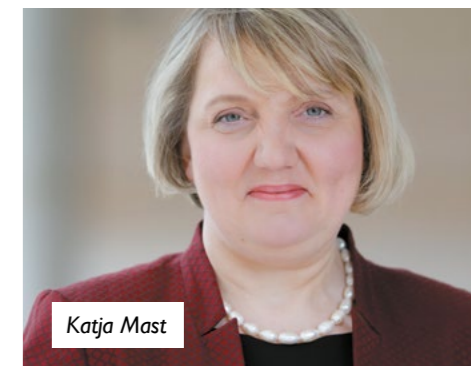
Eine ähnliche Chance, positive Impulse zu setzen, sieht Katja Mast in der Automobilindustrie. 10 Milliarden Euro seien für die Autobranche zur Verfügung gestellt worden, davon 2 Milliarden für die Zulieferer – aber nicht bedingungslos. Hier treten Mast und die Bundestagsfraktion in Dialog mit der IG-Metall um zu erarbeiten, wie die Arbeitnehmer\*innen in den betroffenen Bereichen über die bereits gestartete Weiterbildungsoffensive hinaus unterstützt werden können.

Was folgte war ein beeindruckender Überblick über die Beschlüsse und Initiativen der letzten Wochen, die zur Bekämpfung der Corona-Krise in Berlin beschlossen worden sind. Unter der Federführung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz wurde ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturprogramm erstellt. Das wichtigste Ziel ist hierbei die Nachfrage zu stimulieren, also den Konsum anzuregen, die Kommunen zu befähigen weiter zu investieren, Familien zu unterstützen und die Wirtschaft zukunftsfähig machen.

Zum Schutz bedrohter Arbeitsplätze wurde mit dem Kurzarbeitergeld ganz schnell gehandelt, im Herbst nochmal Diskussion über Verlängerung. Katja Mast: „Man muss es so hart sagen: die Alternative zum Kurzarbeitergeld ist Arbeitslosigkeit, wir können das Instrument nicht hoch genug schätzen! Ich werde mich im Herbst für eine Verlängerung auf insgesamt 24 Monate stark machen.“ Dafür brauche die Bundesagentur für Arbeit, für deren Leistung die Sozialdemokratin ein großes Lob aussprach, aber Unterstützung. Darüber hinaus wurde die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I verlängert, weil es momentan schwierig ist in Arbeit zu kommen.

Kleinunternehmen wurden mit Soforthilfen unterstützt. Im Anschluss gab es Überbrückungshilfen in Höhe von 25 Milliarden Euro für den Kultursektor, die Gastronomie, aber auch für Sozialunternehmer.

Besonders am Herzen liegt Katja Mast die rasche Förderung für Betriebe, die auch in dieser schwierigen Phase Jugendliche in Ausbildung nehmen: 2.000 Euro gibt es pro neu geschlossenen Ausbildungsvertrag, für jeden zusätzlichen 3.000 Euro. „Da mussten wir die Union richtig treiben! Die wollten den September abwarten. Wir haben dafür gesorgt, dass jetzt steuernd eingegriffen wird, weil wir sonst einen massiven Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bekommen hätten“, so Mast.



Katja Mast

Ein weiterer Trend, dem frühzeitig entgegen gewirkt werden muss, ist dass sich die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit durch die Krise zu manifestieren droht. Diese Ansicht teilen auch die Nürnberger Genoss\*innen, wie aus den vielen Wortmeldungen deutlich wurde. Es sind nicht ausschließlich, aber vor allem Frauen, die sich bei einer Schließung von Kitas, Schulen und Tagespflege um Kinderbetreuung, Homeschooling und die Pflege von Angehörigen kümmern.

„Die SPD vergisst die Frauen nicht! Auch wenn andere das behaupten. Wir unterstützen auch die Branchen, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, wir investieren weiter in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Investitionen in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sind dringend notwendig und helfen vor allem auch Frauen“, stellt die Sozialexpertin klar.

Gerade in der Familienpolitik sei mit einer unheimlichen Detailtiefe gearbeitet worden. So wurde von der SPD durchgesetzt, dass bei der Entgeltfortzahlung für Eltern, die wegen der Schulausfälle zu Hause bleiben mussten, die Höhe des regulären Lohnes und nicht des Kurzarbeitergeldes als Grundlage dient. Das gleiche gilt auch beim Kinderzuschlag.

Das abschließende Fazit: „Unsere klare Botschaft als SPD ist: wir wissen, dass es Einschränkungen gibt und wir wissen, dass die Familien das Land am Laufen halten. Deswegen kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz, und deswegen wollen wir die familienpolitischen Leistungen nach der Krise mit einer Kindergrundsicherung zukunftsfähig machen!“

Das Versprechen „die SPD kämpft um jeden Arbeitsplatz!“ wurde im weiteren Verlauf der Sitzung konkret angegangen. Auf Initiative der AfA verabschiedete der Parteyausschuss ein Positionspapier zur Solidarität mit den Karstadtmitarbeiter\*innen in den beiden bedrohten Filialen in Nürnberg.

# ENDLICH STABILITÄT: STARKE HILFESTELLUNG FÜR KINDER UND MÄDCHEN



Informationsbroschüre Kindererholungsheim Mimberg

von KERSTIN GARDILL

„In Endlich, endlich stand die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt nach ihrem mühevollen Wiederaufbau auf einem stabilen Fundament. Endlich konnte sie sich wieder auf ihr Hauptanliegen konzentrieren: Dort zu helfen, wo Hilfe benötigt wird.“

Wichtige Fundamente hatte sie dafür bereits gelegt: Zum Beispiel mit dem Bau des Kindererholungsheims in Mimberg, das im Laufe folgenden Jahrzehnte unterschiedliche Funktionen einnehmen sollte, und auf das ich wegen seiner bemerkenswerten und facettenreichen Geschichte einen besonders ausführlichen Blick richten möchte.

Die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt hatte sich das Gelände südöstlich von Nürnberg ganz bewusst ausgesucht. Es bot neben der großzügigen Anlage eine weitläufige Spielwiese und sogar ein Waldgelände. Für Tagesausflüge in die umliegende Region lag das ebenfalls Heim perfekt. Ideal also für erholungssuchende Kinder. Ursprünglich war das Heim für den Aufenthalt von Schulkindern gedacht. Doch deren Aufenthalt in Mimberg war selbstverständlich nur in den Schulferien möglich. Deswegen öffnete das Heim seine Türen auch für weitere Gruppen, wie zum Beispiel für den Landschulaufenthalt der Nürnberger Volksschule, für geschlossene Mädchenbildungsseminare und für Jugendfreizeiten. Darüber hinaus standen in

Mimberg die Türen auch dann offen, wenn die Situation das erforderte oder rasche Hilfestellung notwendig war.

**Hilfe und Sprachkurse für Spätaussiedler**  
Ende der 50er Jahre kamen zahlreiche Menschen mit Wurzeln in Deutschland, aus Russland, Polen und Jugoslawien nach Bayern – die sogenannten Spätaussiedler. Weil vor allem die Kinder meist keinerlei Kenntnisse in der deutschen Sprache mitbrachten, gründete die Arbeiterwohlfahrt „Spätaussiedlerinternate“.

Viele Eltern aber wünschten sich, dass ihre Kinder in einem paritätischen Heim unterrichtet werden - also in einem Heim, in dem auch ortsansässige Kinder untergebracht waren. Der Nürnberger AWO-Kreisverband beschloss daraufhin, ein solches Internat in Mimberg einzurichten. Im AWO-Jahresbericht heißt es dazu: „Den meisten Kindern war das Deutsche fast völlig fremd. Zwar gab es im Sommer viel Leben in Mimberg; es war nicht leicht, Erholungskinder, Schullandheimkinder und Internatskinder immer unter einen Hut zu bringen. Aber gerade in dieser Zeit hatten die Internatskinder viel Gelegenheit, sich in der deutschen Sprache zu üben. Außer in Deutsch, wurde auch in Rechnen, Naturheilkunde, Erdkunde und Geschichte unterrichtet. (...) Jeder bekam ein Abschlusszeugnis. Für manchen unter den Größeren war die Zeit in Mimberg die einzige Volksschulausbildung in der deutschen Spra-

che.“ Neben diesen regelmäßigen Unterstützungsangeboten, sprang die Nürnberger AWO auch immer wieder spontan an. Wie zum Beispiel 1962.

**Hilfe für die Opfer der Hamburger Sturmflut**  
Als im Februar 1962 die Hamburger Deiche der hereinbrechenden Sturmflut nicht standhielten, verloren 315 Menschen ihr Leben. Eine Vielzahl von Menschen verlor all ihr Hab und Gut, manche auch ihr Zuhause. Die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt signalisierte sogleich ihre Unterstützung, und binnen von wenigen Stunden trafen 23 Mütter und Kinder in Nürnberg ein, um in Mimberg Unterschlupf zu finden. Im Jubiläumsheft zum 50. Geburtstag der Nürnberger AWO wird die Situation so geschildert: „Jugendliche vom Loni-Übler-Heim halfen Frauen und Kindern – darunter einem wenige Wochen alten Baby. Ein kleiner Junge, dessen Angehörige mit Ausnahme seiner in der Spätschicht arbeitenden Mutter alle ums Leben gekommen waren, war in Mimberg dabei. Er benötigte geraume Zeit, um Schock und Angst zu überwinden.“

### Hilfe für Flüchtlinge kurz vor dem Bau der Mauer

Eine weitere Ausnahmesituation, ein paar Monate vor der Flut, war der stark anschwellende Flüchtlingsstrom aus der Sowjetischen Besatzungszone, kurz vor dem Bau der Mauer am 13. August 1961. Es braucht nicht viel Phantasie um nachfühlen zu können, dass solche Situationen für Kinder besonders belastend sind. Auch hier griff die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt helfend ein und öffnete Tür und Tor in Mimberg: „Meist durchliefen die Familien mehrere Lager, bis eine Wohnung oder Arbeitsstelle gefunden waren. Die Kinder leiden unter Atmosphäre in einem Lager. Zudem waren sie ohne Ausnahme in einem sehr schlechten Ernährungszustand“, so die Schilderung in der Jubiläumsausgabe. Wie sehr verängstigt die Kinder gewesen sind, sehen wir an dieser Beschreibung: „Die seelischen Kümmernisse waren bei den Kindern besonders ausgeprägt. Manche wollten keine Koffer auspacken, da sie Angst hatten, es würde ihnen alles gestohlen. Sie gaben auf ihre Sachen acht wie Erwachsene. Erst nach einiger Zeit legte sich die Angst der Kinder. 75 waren aus drei Lagern nach Mimberg gekommen. Trotz der großen Altersunterschiede – das Kleinste war dreieinhalb Jahre alt und das älteste fünfzehn Jahre – wurde die Kur ein guter Erfolg.“

### Bundesweites Modellprojekt: Ein Heim für Kinder mit geistiger Behinderung

Besonders bemerkenswert ist die weitere Entwicklung des Kindererholungsheimes: Erstmals bot die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt

1964, in Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe, Erholungskuren für Kinder mit geistiger Behinderung an: „Glücklicherweise hat sich in den letzten Jahren auch in der Allgemeinheit die Erkenntnis durchgesetzt, dass – ebenso wie normale Kinder – auch unsere geistig schwer geschädigten Kinder der Erholung, der Bewegung an frischer Luft und der Steigerung des Lebensgefühls bedürfen. In einer Erholungszeit kann auch das geistig behinderte Kind als Persönlichkeit genommen werden, da der Ablauf und das Tempo allen Geschehens speziell auf dessen Bedürfnisse zugeschnitten werden können. Hier ist dieses Kind die Norm und nicht das gesunde, hier ist dieses Kind nicht Außenseiter, wie es sonst zwangsläufig der Fall ist.“ 1970 sollte diese Ausnahme zur Regel werden:

Mimberg wurde das erste Modell-Kinderkurenheim für geistig und mehrfach behinderte Kinder in der Bundesrepublik! Dazu musste ein Großteil des Areals abgerissen und neu gebaut werden. Eine große Sammelaktion mit vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern war dem voran gegangen – ganze 33.000 Mark kamen damals zusammen! Die Nürnberger Nachrichten schrieben dazu: „Die Gesamtkosten sind auf 1 650 482 DM veranschlagt. Dieser Plan wurde rechtzeitig vor der Landessammlung der AW vom 1. bis 7. Dezember gegeben, bei der allein in Nürnberg 900 ehrenamtliche Sammler – unter ihnen auch eine 90 Jahre alte Helferin – an den Wohnungstüren um eine Spende bitten würden.“ Weiter hieß es: „AW-Geschäftsführer Bertold Kamm: `15 Kinder werden in einem Bungalow betreut, wobei die Familienatmosphäre die Kur sehr günstig beeinflussen wird.` Die 1. Vorsitzende des Kreisverbandes, Stadträtin Käte Reichert, fügte hinzu: `Die Häuser werden so gebaut, dass die geschädigten Kinder keine Treppe überwinden müssen.`“

### Das Mädchenbildungswerk

Als eines von weiteren zahlreichen Projekten, die in Mimberg angeboten wurden, möchte ich abschließend noch das eingangs erwähnte Mädchenbildungswerk nennen, das die Nürnberger AWO ab dem Ende der 50er Jahre in Mimberg und in Nürnberg anbot. Hintergrund dieser Entwicklung war es, dass der Bundesjugendplan in seiner konkreten Umsetzung fast ausschließlich von Jungen, aber kaum von Mädchen wahrgenommen wurde. Deswegen entschlossen sich mehrere Wohlfahrts- und Jugendverbände, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfamilienministerium, ein Mädchenbildungswerk zu gründen. So geschehen auch hier in Nürnberg:

Die Teilnehmerinnen waren zwischen 14 und 18 Jahre alt und konnten zwischen einem achttägigen Kurs in Mimberg oder



Bilder: AWO Nürnberg

Schlafraum

Beschreibung des Heims von Gretl Leicht

Informationsbroschüre zum Mädchenclub

darf meine Mutter meine Briefe öffnen?  
muß der Chef so sein?  
soll ich Zeitung lesen?  
wie mache ich mein Zimmer schön?  
welchen Sport soll ich betreiben?  
soll ich auf raten kaufen?  
mollig oder schlank?  
lippenstift, ja oder nein?  
was kann ich mir selbst machen?  
wie lange habe ich Urlaub?  
darf die Dame unterhaken?  
was und wie schenke ich?  
warum hat meine Freundin mehr Glück in der Liebe?

wie kann ich meinen Alltag verschönern und bereichern?  
ein Kind erziehen und es gut erziehen und erheben?  
neumgestaltung mit persönlicher note  
ein gutes buch der beste freund  
kennst du?  
kochen und kunst, dein wert  
keine einladungsmitt anfertigen  
mit liebe und geschmack gekocht und serviert  
geschenke selbst gebacken  
gymnastik für uns  
jeden donnerstag offene tür: 18.30 - 19.30 uhr clubabend: 19.30 - 21.30 uhr



## BLACK-LIVES-MATTER DEMONSTRATION AN DER WÖHRDER WIESE

5.000 MENSCHEN SETZEN EIN ZEICHEN GEGEN RASSISMUS UND FÜR MENSCHENWÜRDE

SPD-Stadtrat  
Nasser Ahmed,  
Europa-Abgeordnete  
Pierrette Fofana und  
Grünen-Stadtrat  
Paul Arzten.

von NASSER AHMED und ARIF TASDELEN

Der grausame Mord George Floyds durch Polizisten in Minneapolis hat für weltweites Entsetzen gesorgt. Er hat den strukturellen Rassismus und furchtbare Polizeigewalt in den USA in einer digital vernetzten Welt sichtbar gemacht. Dieser grausame Mord wurde durch Youtube-Videos festgehalten und entzündete eine weltweite Bewegung. Gegen strukturellen Rassismus und für Menschenwürde. Bei Weitem ist dieser Mord kein Einzelfall in den USA. Aber auch weit über die Vereinigten Staaten hinaus entstand eine Bewegung gegen Rassismus.

Auch in Nürnberg hat eine Initiative schwarzer Nürnberger Privatpersonen sehr spontan über Instagram Anfang Juni zu einem „Stillen Protest“ eingeladen. Sie rechneten mit einigen Hunderten. Es kamen Tausende! Auch viele Genossinnen und Genossen waren dabei. Unter anderem auch wir Autoren. So eine Energie und so einen Willen, etwas zu verändern, haben wir lange nicht mehr erlebt. Es ging den Initiatoren um das stille Gedenken an Mordopfer wie George Floyd im Ausland – aber auch an die Opfer rechten Terrors und rassistischer Taten hier in Deutschland.

Darüber hinaus ging es den Initiatoren auch darum, auf ein alltägliches Problem hinzuweisen: Alltagsrassismus. Auf der Demo kamen schwarze Deutsche zu Wort und konnten über ihre Erfahrungen in Nürnberg erzählen. Die teilweise erschütternden Berichte haben der Stadtgesellschaft gezeigt: Rassismus gibt es nicht nur in entfernten

Ländern und in Geschichtsbüchern. Es gibt alltäglichen Rassismus hier und heute!

Die mutigen jungen Menschen, die ihre Berichte vorgetragen haben, sind hier geboren oder leben seit vielen Jahren hier. Trotzdem werden sie im Alltag immer wieder ausgegrenzt und diskriminiert. Das muss ein Ende haben! Und dass an jenem Samstag so viele Menschen an der Wöhrder Wiese waren, gibt uns Hoffnung in diesem Kampf gegen Rassismus und für Menschenwürde.

Eines ist klargeworden: diese jungen Menschen, die die Demo organisiert haben, sind jetzt auf der Bildfläche aufgetaucht. Sie sind nicht mehr einfach nur Schüler, Studierende oder junge Arbeitnehmer afrikanischer Herkunft. Sondern sie sind wichtige Vorbilder, Zeugen und Akteure im Kampf gegen Alltagsrassismus. Sie haben etwas zu sagen. Sie müssen von allen Menschen in Nürnberg gehört werden können. Es ist deshalb wichtig, dass genau diese jungen Menschen jetzt nicht aufhören, sondern weitermachen und sich in Politik, Verwaltung und Gesellschaft einmischen!

Wir haben die Initiatoren daher ins Rathaus eingeladen und mit ihnen einen Austausch darüber geführt, wie dieser wertvolle Einsatz gegen Rassismus auch in Nürnberg weiter fortgeführt werden kann. Eine gute Nachricht des ersten Gesprächs: die spontan gebildete Initiative junger Menschen gegen Rassismus wird weitermachen und sich institutionalisieren! Und als SPD, die seit 150 Jahren im Kampf gegen Rechts aktiv ist, werden wir unseren Beitrag dazu leisten und sie dabei gerne unterstützen!



SPD-Landtagsabgeordneter  
Arif Tasdelen.

Es ist an der Zeit, das Thema Alltagsrassismus in mehreren politischen Themenfeldern mutig anzugehen. Schon in den Schulen und in der Bildungspolitik allgemein gilt es verstärkt, Vorurteile zu überwinden und rechte Ideologien zu bekämpfen. Diese sind die Basis für Alltagsrassismus. Darüber hinaus brauchen wir eine verstärkte Sensibilisierung von öffentlichen Institutionen und unabhängige Beschwerdestellen zur Aufklärung von Diskriminierung, etwa auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt. Auch das Racial Profiling bei der Polizei ist ein Thema, das wir offen ansprechen und im Dialog mit der Bayerischen und der Bundespolizei beenden müssen. Es kann nicht angehen, dass Menschen allein wegen ihres Aussehens schikaniert werden. Auch hier geht es vorrangig um Sensibilisierung und den Abbau von Vorurteilen bei den Polizeibeamten.

Alles in allem gilt: es gibt viel zu tun, auch bei uns in Deutschland, nicht nur in entfernten Ländern. Doch es ist gut, dass wir Rückenwind haben für unseren Einsatz gegen Rassismus und für Menschenwürde. Lasst uns diesen nutzen und etwas bewegen!



## MIT DEM KONJUNKTURPROGRAMM DURCH DIE KRISE

von GABRIELA HEINRICH, MdB

**Mit 130 Milliarden Euro wollen wir dafür sorgen, dass Deutschland gut durch die Krise kommt und nach der Krise am besten sogar noch besser dasteht als vorher. Dabei gilt: Das Konjunkturpaket trägt die Handschrift der SPD. Wir sichern Arbeitsplätze, unterstützen Familien und investieren in die Zukunft.**

Das Konjunkturprogramm wird alleine schon durch die befristete Mehrwertsteuersenkung der ganzen Bevölkerung zugekommen. Wir werden sehen, ob durch diese Maßnahme der Konsum im Land anspringt und wie weit diese Senkung auch an die Kunden weitergegeben wird. Wichtig ist in jedem Fall die Signalwirkung. Gerade beim Konsum spielt die Psychologie eine große Rolle und die derzeitige Verunsicherung, wie es weiter geht, bremst

den Konsum. Bei der Mehrwertsteuersenkung geht es darum, dieser Stimmung etwas entgegenzusetzen.

Wir ergänzen dies mit dem von der SPD durchgesetzten Kinderbonus. 300 Euro pro Kind erhalten alle Eltern. Dabei ist wichtig, dass dieses Geld nicht auf Sozialleistungen angerechnet wird. Auch arbeitslose Eltern und ihre Kinder werden profitieren. Hinzu kommt eine besondere Unterstützung für Alleinerziehende in Krisenzeiten: Ihr steuerlicher Entlastungsbeitrag wird mehr als verdoppelt. Eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern und einem Bruttoverdienst von 40.000 Euro bekommt so – zusammen mit dem Kinderbonus – 1.200 Euro in diesem Jahr zusätzlich.

Zwar haben viele Betriebe ihre Arbeit wieder aufgenommen. Zahlreiche Branchen stehen aber weiter vor dem Nichts, weil die

Corona-Pandemie ihr Geschäftsmodell derzeit unmöglich gemacht oder zumindest stark eingeschränkt hat. Dabei geht es zum Beispiel um Reisebüros, Schausteller, Clubs, Bars bis hin zum internationalen Jugendaustausch und Jugendherbergen. Diesen Betrieben und den dort Beschäftigten wollen wir mit einem neuen Zuschussprogramm helfen. Zuschüsse soll es bis Ende August – abhängig von den tatsächlichen Fixkosten – in Höhe von bis 150.000 Euro für zunächst drei Monate geben.

Der Zugang zu den Zuschüssen hängt davon ab, wie stark der Umsatz infolge der Krise zurückgegangen ist. Sie müssen nicht zurückgezahlt werden. Ganz wichtig: Auch gemeinnützige Unternehmen und Organisationen können sie beantragen, wie Einrichtungen der Behindertenhilfe. Die besonders gebeutelten Reisebüros profitieren davon, dass Corona-bedingte Stornierungen künftig als Fixkosten berücksichtigt werden können. Auch die Kosten für Auszubildende sollen als zuschussfähige Fixkosten gelten. Das Ziel: Ausbildungsplätze in der Krise erhalten! Deswegen wird es zudem für jeden in der Krise neu geschlossenen Ausbildungsvertrag eine Prämie in Höhe von 2.000 bis 3.000 Euro geben.

Zukunftsinvestitionen sind ein großer Teil des Konjunkturpakets. Dazu gehört die massive – und dauerhafte – Entlastung der Kommunen, damit vor Ort weiter investiert werden kann. Das war eine Kernforderung der SPD. Hinzu kommen zusätzliche Mittel für den ÖPNV (2,5 Milliarden Euro), für Kitas (1 Milliarde Euro) und für kommunale Sportstätten (150 Millionen Euro). 50 Milliarden Euro werden darüber hinaus in einem „Zukunftspakt“ investiert. Darin ist die von der SPD geforderte Wasserstoffstrategie enthalten, die Kaufprämie für Elektroautos, der Ausbau der Ladestellen für Elektromobilität, zusätzliche Milliarden für die Deutsche Bahn und neue Programme wie ein „Sofortprogramm Saubere Schiffe“. Klimafreundliche Mobilität ist ein massiver Schwerpunkt des Zukunftsprogramms. Umso wichtiger ist, dass die SPD eine „Abwrackprämie“ für Dieselfahrzeuge und Benziner verhindert hat. Wir wollen nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft und zukunftsfähige Arbeitsplätze investieren!

Nicht nur Deutschland leidet unter der Corona-Pandemie. In anderen Staaten ist die Situation wesentlich dramatischer. Ein gutes Signal ist daher: Auf Initiative der SPD stocken wir mit dem Konjunkturpaket die humanitäre Hilfe und die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit deutlich auf. 3 Milliarden Euro zusätzlich werden wir hierfür bereitstellen.



**„Wenn wir Rassismus bekämpfen möchten, müssen wir endlich allen eine Stimme geben, die dauerhaft hier leben.“**

Bayerischer Landtag

von ARIF TASDELEN, MdL

Laut dem gewaltsamen Tod von George Floyd gab es in den vergangenen Tagen und Wochen weltweit Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt. Auch in Nürnberg kamen Anfang Juni 5.000 Menschen zu einem stillen Protest zusammen und setzten ein deutliches Zeichen gegen Polizeigewalt und Diskriminierung.

Der Bayerische Ministerpräsident hat sich in einem Interview für ein klareres Vorgehen gegen Rassismus ausgesprochen. Dieses Bekenntnis ist wichtig, denn insbesondere im Kampf gegen Rassismus müssen alle demokratischen Kräfte zusammenhalten. Doch Bekenntnisse allein helfen nicht, auf Worte müssen nun dringend Taten folgen.

Als integrationspolitischer Sprecher meiner Fraktion im Bayerischen Landtag wäre für mich die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige ein guter erster Schritt. Wir setzen uns im Bayerischen Landtag seit Jahren dafür ein, dass Menschen, die dauerhaft hier leben, auf kommunaler Ebene politisch mitbestimmen dürfen. Alle Bemühungen gegen Rassismus und Diskriminierung laufen ins Leere, wenn wir nicht endlich allen Menschen vor Ort eine Stimme geben.

Für mich steht fest: Integration muss auf Augenhöhe erfolgen. Deshalb brauchen wir in Bayern eine\*n unabhängige\*n Landesbeauftragte\*n für Migration und Integration, die/ der direkt vom Landtag gewählt wird

## KAMPF GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG:

**DAS KOMMUNALE WAHLRECHT FÜR DRITTSTAATSANGEHÖRIGE IN BAYERN IST LÄNGST ÜBERFÄLLIG**

und jährlich mit einem Bericht die Öffentlichkeit über den Stand der Integration in Bayern informiert, Vorschläge für eine gelingende Integration macht und wenn nötig auch den Finger in die Wunde legt. Wir müssen die Verwaltung interkulturell öffnen, indem wir den Anteil der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst erhöhen und die interkulturelle Kompetenz der Bediensteten mit Weiterbildungen fördern.

Die aktuelle Diskussion zeigt uns auch, dass wir in Bayern eine\*n Beauftragte\*n gegen Rassismus als Anlaufstelle für Betroffene rassistischer Diskriminierung brauchen, die/ der mit Informationskampagnen die Gesellschaft sensibilisiert und so Präventionsarbeit leistet. Diese Forderung habe ich bereits in einem Antrag an die Staatsregierung formuliert.

Solidarität und der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung gehören zu den Genen unserer Partei. Deshalb werden wir im Bayerischen Landtag an unseren integrationspolitischen Forderungen festhalten und für unsere Überzeugungen weiter kämpfen.

### Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss, Andreas Mittelmeier, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift:  
der springende punkt  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



## SPD WILL, DASS DENKMÄLER FÜR KRIEGSVERBRECHER IN BAYERN ENDLICH VERBOTEN WERDEN



von STEFAN SCHUSTER, MdL

Die Black Lives Matter Bewegung liefert aktuell viele eindrückliche Bilder des Aufgehens. Eins der plakativsten Bilder ist das Abreißen und Umstürzen der Statuen von Sklavenhändlern und Generälen der Konföderierten, die symbolisch für einen wenig reflektierten Umgang mit der Geschichte stehen. Ich bin froh, dass es in Deutschland solche Akte nicht braucht. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde verhindert, dass Statuen und Denkmäler für Nazigrößen und Wehrmachtsgeneräle errichtet werden und damit Pilgerorte für alte und neue Nazis entstehen.

Für die Kriegsverbrecher des Dritten Reichs gibt es keine Statuen, keine Denkmäler und auch keine Grabstätten. Die in den Nürnberger Prozessen zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher wurden eingäschert und ihre Asche in der Isar verstreut. So auch die Asche des Wehrmachtsgenerals Alfred Jodl. Und dennoch steht auf der Fraueninsel im Chiemsee ein großes Kreuz, das den Namen und den Dienstgrad von Jodl ziert. Es ist nicht sein Grab, sondern das seiner Familie, aber dennoch wird es überragt von dieser Huldigung an einen Hitlervertrauten.

Es gab schon einige Anläufe, den Gedenkstein entfernen zu lassen, die - so viel kann ich vorab schon verraten - bisher alle erfolglos geblieben sind. Aber der Reihe nach: Der Gedenkstein fand 1953 durch seine Witwe den Weg auf das Familiengrab. Bürger\*innen vor Ort haben über viele Jahre alles versucht, die Entfernung zu veranlassen. Ein Künstler



Foto: wikimedia commons, Zenwort

hat den Gedenkstein mehrmals „verschönert“ mit blutroter Farbe oder Hinweisschildern. Der Gedenkstein blieb jedoch und weder die Gemeinde, noch die Nachkommen der Jodl-Familie unternahmen etwas. Uns im Landtag erreichte das Thema über mehrere Petitionen, in denen Bürger\*innen eine Entfernung des Gedenksteins forderten. Ich war Berichterstatter zu diesen Petitionen und trug sie dem Ausschuss vor. Der Innenausschuss stimmte den Petitionen einstimmig zu, aber weder Landtag noch Regierung konnten den Abriss direkt anordnen. Das Friedhofswesen liegt in kommunaler Hand, weshalb dem Freistaat lediglich blieb, auf die zuständige Gemeinde einzuwirken. Jetzt nahm das Thema Fahrt auf: Die Gemeinde kündigte der Jodl-Familie das Grab, die Familie klagte dagegen, das Verwaltungsgericht gab ihr Recht und das Grabnutzungsrecht verlängerte sich um 20 Jahre. Der Bürgermeister wollte dann mit einer Platte die Daten Jodls überdecken lassen, der Gemeinderat lehnte diesen Vorstoß aber ab.

Es ist viel passiert, aber eigentlich ist nichts passiert: Der Gedenkstein steht auf der Fraueninsel mitten im Chiemsee und Kommune sowie Staatsregierung sehen sich nicht in der Lage, etwas dagegen zu tun. Vor Kurzem wurde letztlich doch eine Platte angebracht, die nur die Aufschrift „Familie Jodl“ trägt. Aber das kann nicht alles sein. Die SPD will jetzt nicht länger zuschauen: Auf meinen Vorstoß bringt die SPD-Landtagsfraktion aktuell einen Gesetzentwurf für eine Überarbeitung des Bestattungsgesetzes in den Landtag ein. Wir wollen eine Rechtsgrundlage für kommunale Friedhofssatzungen schaffen, um Denkmäler und Gedenksteine für NS-Kriegsverbrecher zu untersagen. Gemeinden und sonstige Friedhofsträger können damit Nazi-Denkmäler wie das Jodl-Kreuz verbieten. Es ist höchste Zeit, Ehrungen für Nazi-Verbrecher auf bayerischen Friedhöfen zu verbieten, bevor sie zu einer Pilgerstätte für alte und neue Nazis werden.

# DISKRIMINIERUNG

# IST ALLTAG,

# DISKRIMINIERUNG

# IST MACHT

# – AUCH HIER.

von ANIL ALTUN

Viele Mitglieder sind in unserer Partei eingetreten, um sich auch politisch dem Kampf gegen Rechts und Diskriminierung zu verschreiben.

Die aktuellen Ereignisse rund um den gewaltsamen Tod von George Floyd und das, wieder einmal, ins Gedächtnis gerufene brutale Ausmaß der institutionellen Polizeigewalt löst auch hier bei uns Wut, Entsetzen und den Drang zur Gegenreaktion aus.

Dabei kann man das Problem der Diskriminierung und des Hasses sicherlich nicht nur auf die Polizei allein zurückführen, auch wenn Gewalt und Ungerechtigkeiten durch staatlich ermächtigte und bewaffnete Institutionen eine schwerwiegendere Dimension des Misstrauens, Angst und der Wut schaffen. Wenn für die Bürger\*innen vom Staat selbst die Gefahr ausgeht, und er subjektiv betrachtet nicht seine Aufgabe erfüllt, uns Einzelne vor Eingriffen Dritter oder vor Eingriffen von uns selbst zu schützen, wofür geben wir diesem Staat überhaupt Befugnisse?

Doch neben dieser, zugegeben deprimierenden Frage, ist vielmehr anzuerkennen, dass Polizist\*innen, wenn man es runterbricht, auch nur Mitbürger\*innen sind, die zu einer von vielen Gruppen gehören, welche besondere Machtbefugnisse haben. Leider verdeutlicht dies aber vor allem zwei Gedanken. Zum ersten, dass Diskriminierung in jeder(!) und in der breiten Gesellschaft stark verbreitet und verwurzelt ist. Zum zweiten, dass wohl viele Individuen in unserer Gesellschaft mit Erlangung von (hypothetischen) Machtbefugnissen zur Diskriminierung neigen würden, und nicht mit „Macht“ umgehen können.

Entsprechend lernt man als POC (Person of Color) und/oder Mensch mit erkennbarem Migrationshintergrund schon früh von Kindheit an, bestimmte Situationen

und Verhalten zu vermeiden, bezüglich welchen sich andere Privilegierte keinerlei Gedanken machen müssen. Die Diskriminierungen, die diese Menschen erleiden, sind eine lebenslange ungerechte Bürde, die in unterschiedlicher Intensität zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Lebens auftreten und nur eine Gewissheit mit sich bringen, dass diese wohl nie aufhören werden.

Aus diesem Gesamtkontext ist die breite Beteiligung verschiedenster Menschen an den Unruhen und Demonstrationen zu sehen: Verständlich für Menschen, deren politisches und moralisches Denken solcher Diskriminierung widerstrebt.

Notwendig für Menschen, die selbst wegen ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion, oder wegen ihrem Aussehen, gar wegen ihrem Verhalten benachteiligt werden.

Bemerkenswert für Menschen, die selbst nicht betroffen sind, sich aber über ihre Privilegien bewusst wurden und sich mit ihren Mitmenschen solidarisieren.

Das ist alles sehr wichtig, es darf jedoch nicht nur bei der Solidarität bleiben. Jede\*r von uns muss sich Gedanken machen, wie er Diskriminierungen im Alltag verpönt, aber eben auch aktiv verhindern kann.

Blickt euch um, Diskriminierung ist zu jeder Zeit überall- Der Kampf geht weiter!

PS: Ich habe bewusst nicht das Wort „Rasse“ oder „Rassenunruhen“ verwendet, weil ich diese pseudo-biologische, geschichtspolitisch falsche Terminologie ablehne. Insofern bin ich absolut dafür, das Wort „Rasse“ in Art. 3 III GG zu streichen und durch ein neutrales Wort (z.B. „Aussehen“) zu ersetzen. Dies wäre auch schon eine erste echte und gute politische Konsequenz aus der aktuellen Situation.

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER  
(zusammen mit Rolf Langenberger) Mitgliederbeauftragte  
des OV Lichtenhof der SPD Nürnberg

Erich Albrecht wird am 31. Mai 1924 in die so genannten „Goldenen Zwanziger“ hineingeboren: Der Erste Weltkrieg ist zu Ende, die Menschen gehen wieder in die Kinos, tanzen Charleston und sind begeistert (oder entsetzt) von Josephine Baker. Die wöchentliche Arbeitszeit liegt bei knapp 50 Stunden, und die Arbeitslosigkeit beträgt um die zehn Prozent. Damals ist Hermann Luppe, der aufrechte Demokrat, Oberbürgermeister in Nürnberg - und der Club wird zum dritten Mal Deutscher Meister!

96 Jahre ist Erich Albrecht nun geworden, und die SPD Nürnberg und „sein“ OV Lichtenhof haben ihm an diesem besonderen Tag mit einem Ständchen zum Geburtstag gratuliert.

Erich stammt aus einer sozialdemokratischen Familie. 1933, bei der letzten SPD-Kundgebung in Nürnberg vor der Machtübernahme durch die Nazis, ist er als Neunjähriger an der Hand seines Vaters auf der Deutschherrenwiese mit dabei. Erich wird später eingezogen, wird auf der Krim als Funker bei der Kriegsmarine eingesetzt, kommt nach der Kapitulation in Kiel in Englische Gefangenschaft. Dort muss er mithelfen, die Minen, die die Deutschen gelegt haben, wieder aufzuspüren und muss den Funkkontakt zu den Minenräumbooten aufrechterhalten.

Wieder zurück in Nürnberg, geht Erich 1946 zur Berufsfeuerwehr, bei der er bis zur seiner Pensionierung 1984 bleibt. Am 1. Januar des gleichen Jahres tritt der 21-Jährige in die SPD ein – als eines der ersten sechs Neumitglieder in Nürnberg nach dem Krieg. Er möchte, nach den Lehren, die er aus seinen eigenen schrecklichen Kriegserlebnissen und Erfahrungen mit Nazideutschland gezogen hat, mithelfen, dass sich so etwas nicht mehr wiederholt.

Seit sage und schreibe 74 Jahren ist Erich bei jeder Wahl für die SPD unterwegs; er verteilt Flugblätter, klebt Plakate, und er nimmt bis heute regelmäßig an Aktivitäten des Lichtenhofer Ortsvereins teil. In den ersten Jahren kassiert er noch persönlich die Mitgliedsbeiträge im Ortsverein, bis schließlich der Bankeinzug diese schöne Form der Mitgliederbetreuung überflüssig macht.

Es versteht sich fast von selbst, dass Erich auch seit 1946 Gewerkschafter ist, davon viele Jahre in der ÖTV und nun in der Seniorengruppe von ver.di, wo er gerade sein 35-jähriges Jubiläum feiern durfte.



## ZUM 96. GEBURTSTAG UNSERES GENOSSEN ERICH ALBRECHT

EIN GEBURTSTAGSSTÄNDCHEN DES OV LICHTENHOF

Von links nach rechts: Hans Mirmler, Brigitte Reuter, Rolf Langenberger, Helga Langenberger, Lieselotte und Erich Albrecht, Claudia Kupfer-Schreiner, Lu Sommer, Manfred Endebrock  
Foto: Andreas Schreiner



Verlobung  
Ostern 1947  
von Lieselotte  
und Erich



Erich, wie er lebt und lebt: Hier begrüßt er bei seinem Geburtstag die Gruppe vom OV Lichtenhof.

74 Jahre SPD und Gewerkschaft – das ist schon rekordverdächtig. Und nur ein Jahr weniger, nämlich 73 Jahre, ist er mit Lieselotte verheiratet. Kennengelernt haben sie sich in der Gaststätte Fuchs in Eibach (heute „San Remo“), wo die Neuzehnjährige mit ihrer großen Schwester beim Tanzen war. Beide wohnen, nun schon seit 62 Jahren, in der Weddigenstraße im Süden Nürnbergs, wo auch die beiden Buben, mit jetzt 72 und 64 Jahren mittlerweile aus dem Gröbsten heraus, groß geworden sind. Und mit 85, das darf man ebenfalls erwähnen, hat Erich dann mit dem Windsurfen aufgehört.

Neben den zahlreichen Gratulanten im Freundes- und Familienkreis hat Erich auch vom Nürnberger Oberbürgermeister Glückwünsche erhalten. Darüber hat er sich gefreut, aber noch mehr gefreut hätte er sich, wie er sagt „Wenn es der andere gewesen wäre“, der ihm gratuliert hätte...



links:  
Erich Albrecht  
mit Renate Schmidt  
(1987 in  
Karl-Bröger-Eck)



rechts:  
Erich 1942  
bei der  
Kriegsmarine



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



## *Die Geschäftsstelle der SPD Nürnberg ist geöffnet!*

### **Die Öffnungszeiten im Juli sind:**

Montag	09.30 – 17.00 Uhr
Dienstag	geschlossen
Mittwoch	12.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag	09.30 – 17.00 Uhr
Freitag	09.30 – 15.00 Uhr

**Wir bitten vorab um eine telefonische Anmeldung unter 0911 438960.**



**Aufgrund der weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen müssen auch im Juli einige der geplanten Parteitermine ausfallen.**

**Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter [www.spd-nuernberg.de](http://www.spd-nuernberg.de).**